

Neue Zeitung

Wierundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Abrechnung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mark, durch die Post 22.50 Mark,
einwöchentlich 1.00 Mark. Zusatzen für
Einsendungen werden von allen Ab-
nehmern entnommen. Im
allgemeinen, Zeitungsgewerbe unter
einer Zeitung eingetragene, für
unentgeltlich eingegangene Manu-
skripte sind keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Neue Zeitung“ ge-
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1139
u. Nr. 1141, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Anzeigenpreise:

Die 8 gefalteten 34 mm breite Mil-
limeterzeile der ersten Raum 40 Pf.,
zweite Raum 30 Pf., Restlinien
die 22 mm breite Milimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigenorte. Erfüllungsort:
Halle. Erhöht sich 2 mal,
Sonntags und Feiertagen 1 mal.
Schließung und Haus-
schlüssel: Halle, Neue Promen-
ade 14, St. Crauswitzer, 17.
Halle. Geschäftsstelle: Große
Wendischgasse 21 und Markt 24.
Verlags-Konto Leipzig Nr. 4008.

Nr. 548.

Halle, Dienstag, den 23. November 1920.

Einzelpreis 30 Pf.

Der politische Mord in Oberschlesien.

Ein amerikanischer Kredit für Deutschland? — Große Fahrkartenbetrieblagen in Duisburg — Vereitelte Goldverschlebung
Abbruch der russisch-polnischen Friedensverhandlungen.

Der Kampf um die Reichswehr.

Von allen Gegenständen, die zurzeit im Reichstag beraten
und beschlossen werden, findet die Reichswehrvorlage die größte
politische Anteilnahme, obwohl sie nicht im Rahmen, sondern
zunächst im Hauptausmaß umfaßt ist. Es handelt sich um
den Hauptausbau des ersten Teilsatzes des Gesetzes, und
um das neue Reichswehrgesetz. Am Freitag voriger Woche
begann man damit, gestern, Montag, folgte die Fortsetzung.
Zu weit lebendige Konflikte der Parteienwelt dabei
finden kann, zeigt der Vorstoß, den die beiden sozialdemokrati-
schen Fraktionen bereits gegen die Vorlage unternommen
haben. Der Reichstagspräsident Stinnes verwarf die ganze
Gestaltung der Reichswehr als „Söldnertruppe“ und verlangte
ein Milizgesetz mit kurzer Dienstzeit nach Schweizer Art, obwohl
er doch weiß, daß die Entente uns vorläufig auf keinen
Fall etwas anderes bewilligen würde, als was im Versailler
Vertrag steht. Stinnes' Parteigenosse Schöpslin verwarf die
noch die Einzelkritik, namentlich gegen die Zahl der Generäle
und gegen die „reaktionären Erörterungen“ innerhalb des
100 000 Mann-Gesetzes. Während der Vertreter der Unabhän-
gigen bezeichnen die Reichswehr als „höchstens untauglich
für militärische Zwecke und das für sie aufgewandte Geld
als zwecklos hinausgeworfen.“ Nimmt man dazu die An-
griffe in der sozialdemokratischen Presse und die Ausrufung
Schiedemanns, der Generäle und Herden in der Reichs-
wehr sehe er keine Soldaten, so kann man leicht voraussetzen,
daß die Regierung mit ihrer Vorlage einen sehr schweren
Stand haben wird. Es ist natürlich richtig, und jeder kann
sich das aus dem Charakter des Reichsausbauplanes nach-
rechnen, daß die Reichswehr in einem Jahre beinahe 5 Mil-
liarden Mark, der einzelne Soldat also 50 000 Mark kostet
(gegen ungefähr 1885 Mark vor dem Jahre 1914). Aber
der diegeprüfte Steuerzahler möge bedenken, daß es nur
5 Milliarden Wapstern sind, daß sich alles wohlhinlang
verrechnen hat und daß in die 5 Milliarden große einmütige
Ansbahn des Reiches, die durch die Umwandlung der alten Ge-
schütztruppen in die künftige Armee entstanden sind. Endlich,
daß ein Berufswehrgesetz mit zwölfjähriger Dienstzeit viel höher
die Arbeit werden muß als der kurzzeitige wehrpflichtige Vater-
landsverteidiger. Die große Zahl von Herden und Fähr-
zeugen, die das Budget so sehr verunreinigen, erklärt sich daraus,
daß wir nach dem Gebote der Entente drei Kavalleriebrigaden,
d. h. 15 000 Mann Reitertruppen halten müssen. Inzuletzt
sind fünfzig. Wollten wir die 15 000 Kavalleristen im
Weltstreifen, so hätten wir eben nur 85 000 Reichs-
wehrgenossen, und kein Mund und kein Feder würde sich
etwa in Genf rühren, um die 100 000 wieder aufzufüllen.
Im übrigen braucht die Inzuletzt wegen der starken Aus-
bildung von Maschinenbaukompanien und Mannschaften
eine große Anzahl von Herden und Fahrzeugen. Auch ist
für die Reichswehr, die mit ihren geringen Verbänden unver-
hältnismäßig große Räume zu beherrsigen hat, größtmög-
liche Bewegungsfreiheit unbedingt erforderlich. Die ge-
ringe Truppenzahl bedingt endlich eine verhältnismäßig
große Ausstattung mit höheren Führern. Trotzdem werden
die bürgerlichen Parteien einig, selbst die Demokraten durch-
aus damit einverstanden sein, wenn an einigen unheimlich
großen Ziffern vernünftige Absätze gemacht werden, z. B.
an den 22 Millionen für Nachschüsse, an der Reichswehr, die
dennoch als sehr gering erscheinen, auch wenn der größte
Teil die er Gelder, wie Reichswehrgenossen, Gelder noch nach-
weisen will, in die Reichspost, aus einer Staatskasse in
die andere, flieht. Beobachtet man es, wenn die Sozial-
demokratie den Antrag der Staatsberatung benutzen würde,
um einen billigen Gewinn gegen den Kopf der Heeresleitung,
General v. Seeckt, zu erlangen. Herr v. Seeckt hat sich schon
während des Kampfes große Verdienste um das Vater-
land erworben, als er in Lublitz und geschickte den Abzug der
kämpfenden Truppen aus Berlin durchsetzte. Der Bürgerkrieg
blieb dadurch erspart. Man hat es ihm jetzt zu verdanken, daß
die Heeresminderung der Reichswehr von 200 000 auf 100 000
Mann sich ohne Zwischenfälle vollzieht. Ein Einzelwille, ein
Wohlwollender hätte diese schwierige Aufgabe nicht ohne
heftige Störungen gelöst. Minister Gehler hat kürzlich in
seiner Erwiderung auf die Rede Schiedemanns von der großen
Tatgede gesprochen, die sich in den letzten Wochen und Monaten
im deutschen Heere abspielte. Man bedauert doch, es
haben sich in Berlin mehrere entlassene Offiziere als Stra-
ßenhändlertum gemeldet und Missetatung geübt. Die feilsche
und merkantilistische Seite der Bevölkerung ist so traurig,
daß die Politik mit der Reichswehrvorlage nicht allzu hart ver-
fahren sollte.

Verhandlungen im Hauptausbau.

Am Montag wurde im Hauptausbau des Reichstages der
Etat des Reichswehraministeriums weiter beraten. Auf die kriti-
schen Ausführungen des Reichswehraministeriums
Reichswehraminister Dr. G. H. L. hat, daß das Reichswehramin-
isterium von seinem Vorgänger nach sorgfältiger Beratung orga-
nisiert worden sei. Eine neue Umorganisation zu dem Zeitpunkt,
in dem das Heer selbst noch in Umänderung begriffen sei, müßte

den gesamten Heeresapparat lähmten. Die Hauptfrage müsse
jetzt sein, zunächst einmal die Bestimmungen des Friedensver-
trages fristgerecht durchzuführen. Die ganze Frage der Reorgani-
sation des Ministeriums sei übrigens vom Minister gerade im
Sinne der in den heutigen Neben gemachten Vor schläge geprüft
und zum Teil auch bereits in Angriff genommen worden. Jedoch
abschließend bearbeitet könnte sie erst nach Bildung des hundert-
tausend-Mann-Heeres werden. Aus eigener eigener Veranlassung
sprach als langjähriger Oberbürgermeister wurde der Minister auf
das Dringlichste vor der heiligen Reichstag warnten, als könne man
durch unruhigen Abhandeln einzelner Positionen vom Etat etwa
schwerwiegende Arbeit leisten.
Erüchtigungs (D. H.) pflichtet darin dem Abg. Stinnes
(Soz.) bei, daß der Etat außerordentlich unübersichtlich sei. Eine
getrennte Verwaltung von Heer und Marine sei nicht zu emp-
fehlen. Das Wort Söldnerheer sollte vermeiden und statt dessen
von Berufswehr gesprochen werden. Hinsichtlich der Reorgani-
sation des Ministeriums sollte man nicht durch allzu raschen Abbau
des alten Gebäudes mehr Schaden als Nutzen stiften.
Doerflinger (Reichswehraministerium) führt aus, daß der
Antrag vom Ministerium bereits stark nachgelassen habe wegen
der geringen Zukunftsaussichten, die sich dem Militär heute bieten.
Im Einzelnen überläßt Redner die Notwendigkeit der Kanali-
sation. Die Zahl der angeforderten Pferde sei nicht zu
schon, sondern stelle das Minimum dar, was zur Aufrechterhaltung
einer geringen Kavallerie notwendig sei. Eine große Anzahl von
Militärpferden werde außerdem ständig der Landwirtschaft lei-
stung zur Verfügung gestellt.
Wiederholung Dienstag.

Ein amerikanischer Kredit für Deutschland?

Ein Embargo, dem u. a. Henry Morgenthau,
Morgan, Camont und Guaranti Trust Company
angehörig, ist, das den Verkauf von Waren, die
denken Wille vor, daß das in den Vereinigten Staaten
besitzhaftete deutsche Eigentum, dessen Wert auf
400 Millionen Dollar geschätzt wird, von dem Trans-
port durch den Atlantik überlassen werden und die
Grundlage bilden solle für ein deutsches
gewährten Kredit von zwei Milliarden
Dollar, zur Lieferung von Baumwolle, Getreide, Kupfer,
Nahrungsmitteln, Brennstoffen und anderen Rohstoffen.
Der Plan sieht die Schaffung einer American Trade De-
velopment Corporation auf Grund des Edge-Actes vor.
Deutschlands Zustimmung, die erforderlich ist, soll
angebracht schon erteilt sein. Wilson ist mit der
Prüfung dieser Frage beschäftigt, er glaubt aber, daß die
Bewilligung zu dieser Transaktion nicht in seine Kompetenzen
falle, und daß sie dem Kongress zu unterbreiten sei.

Der politische Mord in Oberschlesien.

Die Ermordung des Kupka in Butsch stellt
eine der sensationellsten Nachrichten dar, die in den letzten
Monaten in Oberschlesien zur Auslösung kamen. Kupka
dessen Ermordung am Sonnabend nachmittag in seiner
Butschener Wohnung erfolgte, wurde durch vier Schüsse ge-
tötet. In ganz Oberschlesien ist eine ungeheure Erregung
entstanden.
Kupka war durch viele Monate hindurch der Ver-
trauensmann Korfants. Er hatte u. a. einen
Polen in der Spionageabteilung Korfants
inne und war über eine Reihe von Geheimplänen
des polnischen Direktors genau im Bilde.
Er gründete dann einen Bund der polnischen Abteilungen
beamteten, deren Vorstoß er wurde. Als dieser Bund
wegen miflächerliche Nähe bei Korfants vorstellig wurde, be-
gann der Kampf. Kupka wandte sich mit seinem Bund an die
Deutsches Heer, und Korfants verlangte seinerseits die so-
fortige Auflösung dieses Bundes, widrigenfalls er mit
Abdankung drohte. Die Mehrheit seiner Angestellten trat aus
dem Bunde aus. Korfants blieb in Oberösterreich in und in
Kupka mit einigen seiner Freunde. Darauf begann ein ener-
gisch und geschäftig geführter Feldzug Kupkas gegen
Korfants. In einem Flugblatt wurde vor einigen
Wochen geschrieben, wie alle feindlich in Stellung bei Korfants
von Aufrechter oder gänzlich Herren nicht sein, die
untereinander große Seltsamkeiten in Politik abhandeln.
In einer Reihe von Flugblättern charakterisierte Kupka
das Vorgehen von Korfants und sein S. Anhang. Im jüngsten
Zeit gründete Kupka eine eigene Zeitung „Wola
Ludu“ (Der Wille des Volkes) genannt. Danach sollte ein
oberschlesisches Preisgerichtskommissariat für nachfolgende Ziele
entwerfen:
1. Oberschlesien den Oberschlesien,
2. Unabhängigmachung aller Heer,
3. völlige Selbständigkeit Doerflingers,
4. Einleitung von Verhandlungen, die feststellen
sollen, welche von den beiden Völkern Polen oder Deutsch-
land, kulturell oder wirtschaftlich höher steht,
5. Aufhebung des Selbständig gewordenen
Staates Oberschlesien an das wirtschaftlich
und kulturell höher stehende Land.

Die Antwort auf alle diese Behauptungen
und Enthüllungen ist der Mord, der für die ganze
Welt die Schredensherrschafft bezeugt, unter der Ober-
schlesien leidet.
Kupka hatte schon in jüngster Zeit Drohbriefe erhalten,
denen er offenbar aber keine zu große Bedeutung belegte,
da die maßvolle Vernehmung von Doerflinger durch die
Polen eines der beliebtesten Kampfmittel in den letzten
Wochen ein gewordener ist. Am Freitag und den ganzen Sonn-
abend über wurden verächtliche Gestalten in der Nähe der
Wohnung Kupkas beobachtet. Bald nach 5 Uhr erschienen
vier Personen bei Kupka und boten ihm ein paar politische Be-
schäftigung. Als Kupka sich die Namen notieren wollte, fielen
vier Schüsse, die den 40-jährigen Tod Kupkas herbeiführten.

Die sächsischen Unabhängigen und die Regierungs- bildung

Der Landesvorstand für die Unabhängigen sozialdemo-
kratische Partei in Sachsen hat in seiner Sitzung am 21. ds.
Mts. zur Frage der Regierungsabstimmung Stellung genom-
men und unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Landes-
verbandes von Sachsen folgende Beschlüsse gefaßt:
In der Annahme, daß infolge der politischen Ver-
wirrung, die zurzeit in Sachsen herrscht, ein großer
Teil der Arbeiterklasse, etwa 300 000 Mann, an der
Wahl in Sachsen nicht teilgenommen haben und nur
darauf die Rückgabe der sozialdemokratischen Stimmen
zurückzuführen ist, fällt der Landesverband es für die Pflicht
der Unabhängigen sozialistischen Partei, zur Wieder-
herstellung der Gegenrevolution der Berat-
tung der Regierung an und für die Regie-
rungsabstimmung mit zu übernehmen und zwar
unter folgenden Umständen:
1. daß an der Regierung sämtliche sozialistische Par-
teien teilnehmen;
2. falls eine der sozialistischen Parteien sich weigern
sollte, so muß trotzdem die Regierung aus den übrigen so-
zialistischen Parteien gebildet werden, die U. S. F. ist jedoch
nur zur Teilnahme bereit, wenn eine rein sozialistische Regie-
rung unter Ausschluß der Bürgerlich gebildet wird.
Infolge Abhängigkeit vom Reich und der Bestimmungen
der Wiener Verfassung sei eine Einziehung aus inner-
lich Sachens nicht denkbar. Es sei deshalb un-
möglich, etwa die sozialistische Regierung
in Sachsen für die Ausführung der Räte-
republik zu benutzen, da solche Maßnahmen nur gleich-
zeitig im ganzen Reich vorgenommen werden könnten.
Als Minimalprogramm stellt der Landes-
verband folgende Forderungen auf: 1. Einwirkung auf die
Reichsregierung zur Verfestigung der Produktions-
mittel und des Warenverkehrs, insbesondere der Boden-
schätze, der Energieerzeugung und der Wasserkräfte.
2. In Sachsen die sozialistischen Domänen, Forsten,
Kohlenabbau und Bergbau in gemeinwirtschaftlichen Formen
überzuführen unter Mitwirkung der Arbeiterklasse an der
Produktion und Verwaltung der Betriebe, Auf Staatsdomä-
nen und Ministerialbetrieben für die Landwirtschaft einzu-
richten.
3. Staatliche Maßnahmen für die Ernährung der arbei-
tenden Bevölkerung durch ausreichende Versorgung mit
Lebensmitteln, Wohnungsbau nach gemeinwirtschaftlichen
Grundsätzen unter Ablehnung der kommunalen Unterfertigung
des privaten Bauunternehmens.
4. Einwirkung auf das Reich zur Trennung von Staat
und Kirche und zur Durchführung einer nach den Grundätzen
des Sozialismus notwendig an Schulreform, Gemeinde reform
auf Grund freier Selbstverwaltung, Schaffung von Ein-
richtungen zum Schutz gegen ungewollte Eingriffe
und ein Annehmlichkeiten für polnische Bergbau.

Betrügereien bei der Eisenbahn.

Auf dem Duisburger Hauptbahnhof ist man in den
letzten Tagen umfangreichen Unterschlagungen in der Fahr-
kartennachgabe auf die Spur gekommen. Bisher sind 17 Be-
sonen in Haft genommen worden. Es soll sich um Betrüge-
rien beim Verkauf von Fahrkarten handeln, die unter Aus-
scheidung der Kontrollapparate abgegeben wurden. Der
hierdurch dem Staat zugeflogene Schaden soll in die
Hunderttausende, wenn nicht sogar in die Mil-
lionen gehen. Die Untersuchung ist im vollen Gange.

Große Golderschleugungen?

Blättermeldungen zufolge wurde auf dem Anhalter
Bahnhof in Berlin eine Goldschleugung angehalten, die sich
in einem Güterwagen befand und aus 100 Kilogramm Gold in
Barren besteht. Die Sendung kam von Sachsenhausen
aus Schweden und war für Botsch bestimmt. Die Verschle-
bung wurde von der Staatsanwaltschaft bestätigt. Es
handelt sich anscheinend um eine Goldverschlebung größeren
Stils.

